

Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit im Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Aufgrund der §§ 5, 18, 30 Ziffer 5 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit § 27 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) – in der jeweils gültigen Fassung - hat der Kreistag des Landkreises Hersfeld-Rotenburg am 17.02.2025 folgende 10. Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit im Landkreis Hersfeld-Rotenburg vom 18. Dezember 1978, zuletzt geändert am 27.03.2023 beschlossen:

§ 1

Anspruchsberechtigte und Arten der Entschädigung

- (1) Die Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse, die ehrenamtlichen Mitglieder des Kreisausschusses und seiner Kommissionen sowie sonstige für den Kreis ehrenamtlich tätige Bürger erhalten für die Dauer der Teilnahme an Sitzungen des Kreistages, der Fraktionen und an Sitzungen, zu denen sie ordnungsgemäß geladen worden sind und an denen sie verpflichtet sind teilzunehmen, Verdienstaussfall, Aufwandsentschädigung und Fahrtkostenentschädigung nach den Bestimmungen der nachfolgenden §§ 2 bis 5. Ein Anspruch besteht nicht für die freiwillige Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, zu denen aufgrund des Ehrenamtes eingeladen wird.
- (2) Die Entschädigung der vom Landkreis Hersfeld-Rotenburg entsendeten Mitglieder in die Regionalversammlung Nordosthessen erfolgt nach der die Satzung beigefügten Anlage betreffend der Regelung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätige bei der Regionalversammlung Nordosthessen.
- (3) Fraktionen, die bei der Besetzung der Ausschüsse des Kreistages keinen Sitz erhalten haben, können ein Mitglied mit beratender Stimme entsenden (Minderheitenvertretung). Dieses entsandte Mitglied hat Anspruch auf Leistungen nach der Entschädigungssatzung. Dies gilt auch für Parteien und Wählergruppen, die durch Wahlen keinen Fraktionsstatus mehr haben.
- (4) Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses erhalten im Rahmen der Vertretung des Landrates oder der Ersten Kreisbeigeordneten bei Einzelterminen eine Aufwandsentschädigung sowie Fahrtkostenentschädigung ggfs. Verdienstaussfall.

Für die Inanspruchnahme aus anderen dienstlichen Gründen wird Fahrtkostenentschädigung und ggfs. Verdienstaussfall gewährt.

- (5) Mitglieder des Kreistages erhalten für andere Veranstaltungen als in Abs. 1 genannt, zu denen sie vom Landkreis eingeladen worden sind, keine besondere Aufwandsentschädigung, sondern lediglich Fahrtkostenentschädigung und ggf. Verdienstaussfall.

§ 2

Verdienstaussfall

- (1) Der Personenkreis nach § 1 erhält auf Antrag Verdienstaussfall. Ersetzt wird der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaussfall, jedoch maximal 40,00 € je Stunde.
- (2) Ein Durchschnittssatz für Verdienstaussfall ohne den Nachweis gem. (1) wird auf Antrag denjenigen gewährt, denen nach der Art ihrer beruflichen Tätigkeit nachweisbar ein Verdienstaussfall entstehen kann und die konkret dartun, dass in ihrem besonderen Fall ein Verdienstaussfall entstanden ist. Hausfrauen wird der Durchschnittssatz ohne diesen Nachweis gewährt.

Der Durchschnittssatz beträgt pro Sitzungstag bzw. anderer dienstlicher Inanspruchnahme 30,00 €.

§ 3

Aufwandsentschädigung

- (1) Der Personenkreis nach § 1 erhält eine Aufwandsentschädigung.
- (2) Die Aufwandsentschädigung beträgt pro Sitzungstag für den unter
§ 3 Abs. 6 a – d genannten Personenkreis 30,00 €
und für die übrigen ehrenamtlich Tätigen 30,00 €

Für eine Fraktionssitzung, die an einem Sitzungstag stattfindet, wird für jeweils an beiden Sitzungen teilnehmende Personen eine weitere Aufwandsentschädigung gewährt.

- (3) Neben der Entschädigung nach § 2 und § 3 Abs. 1 und 2 erhalten
 - der Vorsitzende des Kreistages bzw. seine Stellvertreter bei einer Vertretung von einem bzw. mehreren vollen Kalendermonaten,
 - die Fraktionsvorsitzenden der im Kreistag vertretenen Fraktionen,
 - die Mitglieder des Kreistages,
 - die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten und
 - die Patientenfürsprecher/inneneine monatliche Aufwandsentschädigung
- (4) Die monatliche Aufwandsentschädigung wird während der Wahlzeit des Kreistages, ansonsten beim Nachrücken in den Kreistag bzw. Kreisausschuss anteilig für den Monat gezahlt, in dem nachgerückt wurde. Für das Ausscheiden gilt die gleiche Regelung.
- (5) Die monatliche Aufwandsentschädigung wird nachträglich am letzten Werktag des jeweiligen Monats gezahlt.
- (6) Die monatliche Aufwandsentschädigung beträgt für
 - a. die Mitglieder des Kreistages 60,00 €
 - b. den Kreistagsvorsitzenden bzw. bei einer Vertretung gem. Abs. 3 seine Stellvertreter zusätzlich 120,00 €
 - c. die Fraktionsvorsitzenden der im Kreistag vertretenen Fraktionen zusätzlich 120,00 €

d. die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten	180,00 €
e. Die Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten bei der ganztätigen und allgemeinen Vertretung des Landrats (§ 44 Abs. 4 HKO) beträgt pro Tag	35,00 €
f. Die Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten beträgt im Rahmen der Vertretung des Landrates oder der Ersten Kreisbeigeordneten bei Einzelterminen pro Vertretungstag	20,00 €
g. Die Aufwandsentschädigung für Patientenfürsprecher/innen beträgt	
bis 100 Betten	80,00 €
über 100 bis 200 Betten	120,00 €
über 200 Betten	200,00 €

Die Stellvertreter/innen erhalten pro Einsatztag 1/30 der zutreffenden Stufe bei gleichzeitiger entsprechender Kürzung der Aufwandsentschädigung für den/die zu vertretende/n Patientenfürsprecher/in.

§ 4 Fraktionssitzungen

Ersatz für Verdienstaussfall nach § 2 und Aufwandsentschädigung nach § 3 abs. 2 werden den ehrenamtlichen Mitgliedern der Kreisorgane für die Teilnahme an maximal 18 Fraktionssitzungen/Jahr gewährt. Dies wird auch für die Durchführung von digitalen Fraktionssitzungen gewährt.

§ 5 Fahrtkostenentschädigung

- (1) Fahrtkosten für Sitzungen und Dienstreisen innerhalb des Kreisgebietes werden neben den Leistungen nach § 2 bis 4 in Höhe der Aufwendungen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ersetzt.
- (2) Bei Benutzung eigener Kraftfahrzeuge wird eine Fahrtkostenentschädigung pro Kilometer nach der tatsächlich gefahrenen Kilometerzahl zwischen Wohnung und Zielort in der Höhe gewährt, wie sie das Land für anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge festgelegt hat. Bei Mitnahme weiterer Sitzungsteilnehmer werden die gesetzlichen Zuschläge gezahlt.
- (3) Bei der Benutzung kreiseigener Fahrzeuge entfällt eine Fahrtkostenentschädigung.

§ 6 Dienstreisen außerhalb des Kreisgebietes

- (1) Bei Dienstreisen außerhalb des Kreisgebietes wird Reisekostenvergütung nach Stufe I des Hessischen Reisekostengesetzes vom 27. 08. 1976 in der jeweils gültigen Fassung gewährt. Daneben wird Verdienstaussfall nach § 2 ersetzt.
- (2) Die Zahlung einer pauschalierten Aufwandsentschädigung nach § 3 entfällt.

§ 7
Inkrafttreten

Die Änderungen treten rückwirkend am 01.01.2025 in Kraft.

Neufassung am	18.12.1978
I. Änderung am	09.11.1981
II. Änderung am	24.09.1990
III. Änderung am	18.06.2001
IV. Änderung am	24.09.2007
V. Änderung am	30.01.2012
VI. Änderung am	17.09.2012
VII. Änderung am	11.12.2017
VIII. Änderung am	24.11.2020
IX. Änderung am	27.03.2023
X. Änderung am	17.02.2025

HESSEN



Öffentlich-rechtlicher Vertrag

zwischen

dem Landkreis Fulda

und

dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg

und

dem Landkreis Kassel

und

dem Schwalm-Eder-Kreis

und

dem Landkreis Waldeck-Frankenberg

und

dem Werra-Meißner-Kreis

und

der Stadt Fulda

und

der Stadt Kassel

und

dem Zweckverband Raum Kassel

Präambel

Die für die Planungsregion Nordosthessen zu bildende Regionalversammlung stellt die Verbindung zwischen kommunaler Selbstverwaltung und der Landesplanung dar. Die Mitglieder werden durch die Landkreise, die Städte Kassel und Fulda sowie den Zweckverband Raum Kassel entsandt.

Aufwandsentschädigung, Verdienstausfall und Fahrkosten der Mitglieder werden dabei von den entsendenden Körperschaften nach ihren jeweiligen Regelungen erstattet. Hieraus entsteht die Situation, dass sich für die einzelnen Mitglieder trotz gleicher Tätigkeit unterschiedliche Entschädigungs- und Erstattungsmodalitäten ergeben.

Um diesen unbefriedigenden Zustand zu beheben, hat das Präsidium der Regionalversammlung den Vorschlag unterbreitet, die Entschädigung der Mitglieder jeweils durch die entsendenden Körperschaften gleichartig zu gestalten. Die einzelnen entsendenden Körperschaften haben diesem Vorschlag in der Zeit von Juli bis November 2023 zugestimmt. Die nachfolgende Vereinbarung dient der Umsetzung dieses Zweckes. Die Regelung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit bei der Regionalversammlung NordOstHessen soll von den unterzeichnenden Körperschaften des öffentlichen Rechts gleichartig gestaltet werden.

§ 1

Anpassungspflicht

Die entsendenden Körperschaften verpflichten sich, bestehende Entschädigungssatzungen aus eigenen Zuständigkeitsbereichen innerhalb von 6 Monaten an die Regelungen dieses Vertrages anzupassen.

§ 2

Entschädigung für ehrenamtliche Tätige bei der Regionalversammlung NordOstHessen

(1) Die entsendenden Körperschaften nehmen die Entschädigung für ehrenamtliche Tätige bei der Regionalversammlung NordOstHessen von den bestehenden Regelungen in ihren jeweiligen Entschädigungssatzungen mit der Maßgabe aus, dass diese ehrenamtliche Tätigkeit nach den in der Anlage zu diesem Vertrag gefassten Vorgaben entschädigt wird.

(2) Die nach Abs. 1 gefasste Entschädigung für ehrenamtliche Tätige bei der Regionalversammlung NordOstHessen wird mit der Maßgabe gefasst, dass sie ab dem 1.1.2025 Anwendung findet.

(3) Die entsendenden Körperschaften teilen der Regionalversammlung NordOstHessen unverzüglich die nach Abs. 1 und 2 vollzogenen Änderungen der jeweiligen Entschädigungssatzung mit.

§ 3

Vertragsänderungen

Sämtliche Anpassungen dieser Vertragsbestimmungen können nur im Einvernehmen mit allen Vertragsparteien und in Schriftform erfolgen. Gleiches gilt für Vertragsergänzungen sowie für die Aufhebung dieses Vertrages. Nebenabreden bestehen nicht.

§ 4

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses öffentlich-rechtlichen Vertrages unwirksam sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen in diesem Vertrag enthaltenen Regelungen. Sofern die unwirksame Bestimmung nicht ersatzlos fortfallen kann, ist sie durch eine solche zu ersetzen, die dem beabsichtigten Sinn und Zweck am nächsten kommt. Gleiches gilt, soweit der Vertrag lückenhaft sein sollte.

§ 5

Schlussbestimmungen

Die entsendenden Körperschaften erhalten je eine Ausfertigung des Vertrages.

Anlage zum öffentlich-rechtlichen Vertrag

Regelung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätige bei der Regionalversammlung NordOstHessen

§ 1 Verdienstausfall

(1) Die entsandten Vertreter zur Regionalversammlung NordOstHessen erhalten zur pauschalen Abgeltung ihres Verdienstausfalls einen Durchschnittssatz von **30, -- €** für die Teilnahme an Sitzungen der RVNOH, des Präsidiums, der Ausschüsse sowie Fraktionen. Sitzungen sind auch Tagungen von Teilen eines Gremiums bzw. einer Fraktion (Arbeitskreise, Fraktionsvorstand). Dabei wird von einer Sitzungsdauer – einschließlich An- und Abreise – von bis zu 3 Stunden ausgegangen. Der Anspruch auf Zahlung des Durchschnittssatzes wird grundsätzlich beschränkt auf Werktage, und zwar montags bis freitags von 7:00 Uhr bis 18:00 Uhr und samstags von 7:00 bis 14:00 Uhr.

(2) Der Durchschnittssatz nach Absatz 1 wird nur denjenigen ehrenamtlich Tätigen gewährt, denen nachweisbar ein Verdienstausfall entstehen kann. Hausfrauen und Hausmännern, die kein Erwerbseinkommen, Rente oder sonstige Geldleistung erhalten, wird der Durchschnittssatz ohne diesen Nachweis gewährt.

§ 2 Fahrtkosten

Ehrenamtlich Tätige haben Anspruch auf Ersatz ihrer tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Fahrtkosten auf der Grundlage des Hessischen Reisekostengesetzes in der jeweils gültigen Fassung.

§ 3 Aufwandsentschädigung

(1) Ehrenamtlich Tätige erhalten zur Abgeltung ihrer Aufwendungen eine Aufwandsentschädigung von **30, -- €** je Sitzung nach § 1 Absatz 1. Die Aufwandsentschädigung wird beschränkt auf höchstens 2 Sitzungen am Tag.

(2) Die gewählte Schriftführung erhält je Sitzung eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Absatzes 1. Finden mehrere Sitzungen an einem Tag statt, wird die Aufwandsentschädigung nur einmal gewährt, sofern die gleiche Schriftführung tätig wird.

(3) Neben der Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 werden monatlich folgende Aufwandsentschädigungen gewährt:

- der oder dem Vorsitzenden der RVN **150, -- €**,
- die stellvertretenden Vorsitzenden der RVN **75, -- €**
- den Vorsitzenden der Ausschüsse **75, -- €**,
- den Vorsitzenden der Fraktionen **150, -- €**,

§ 4 Fraktions-und Gruppensitzungen

(1) Die Zahl der ersatzpflichtigen Sitzungen von Fraktionen und Gruppen wird auf 18 pro Jahr begrenzt. Fraktionssitzungen sind auch Sitzungen von Teilen einer Fraktion (Fraktionsvorstand und Arbeitsgruppen).

(2) Finden mehrtägige Sitzungen statt, ist jeder Tag als eine Sitzung zu behandeln und auf die Zahl der ersatzpflichtigen Sitzungen nach Absatz 1 anzurechnen.

§ 5 Dienstreisen

Dienstreisen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Aufgaben der RVN werden entsprechend den §§ 1, 2 und 3 abgegolten. Sie bedürfen vorherigen der Genehmigung durch das Präsidium bzw. in dringenden Fällen der Genehmigung durch die oder den Vorsitzenden der RVN bzw. der Stellvertretung im Falle der Verhinderung.

§ 6 Inkrafttreten

(1) Diese Regelung tritt mit dem 01.01.2025 in Kraft.

(2) Soweit seitens der entsenden Körperschaften abweichende Regelungen getroffen wurden gehen diese für die Entschädigung der durch die jeweilige Körperschaft entsandten Mitglieder vor.

- **Ende Anlage zum Vertrag** -